

# Die 20. Vollversammlung arbeitet – Grundprobleme unverändert

DR. OTTO LEICHTER, NEW YORK

*Der nachstehende Bericht unseres New Yorker Korrespondenten erfaßt das Geschehen am Hauptsitz der Vereinten Nationen von Mitte September bis Anfang November. In diesen Zeitraum fällt vor allem der Beginn der gegenwärtig noch tagenden 20. Vollversammlung am 21. September. Ein besonderer Beitrag auf Seite 190 behandelt die deutschen Fragen, die während dieser Zeit berührt wurden.*

*Aus dem Inhalt: Die Vollversammlung arbeitet wieder – Fanfani zum Präsidenten gewählt – Papst Paul VI. spricht am 4. Oktober zu den Vereinten Nationen – 117 Mitgliedstaaten – U Thants weltpolitische Übersicht – Bedeutende Reden in der Generaldebatte zu Abrüstung, Vietnam, Rotchina, Wirtschaftsfragen und Entwicklungshilfe – Apartheid, Südrhodesien – Die weitere Entwicklung in Kaschmir bis zum Waffenstillstand – Die Sowjetunion gibt Übereinstimmung mit den USA in der Kaschmir-Frage auf – Sowjetunion und Frankreich kritisieren U Thant.*

## I. Positive und negative Faktoren

Drei Tatsachen kennzeichneten den Beginn der 20. Vollversammlung und bewirkten den Eindruck nicht nur der Lebensfähigkeit, sondern auch der Unentbehrlichkeit der Vereinten Nationen:

1. Es gab nun wieder eine arbeitsfähige Vollversammlung, nachdem die vorangegangene infolge der Finanz- und Verfassungskrise im Zusammenhang mit der Anwendung des Artikels 19 gegen säumige Schuldner gelähmt gewesen war; sie konnte ihr vor zwei Jahren unterbrochenes Fortwirken an einer großen Zahl politischer und wirtschaftlicher Aufgaben wiederaufnehmen.
2. Unmittelbar vor dem Beginn der jetzigen Vollversammlung war der Sicherheitsrat imstande gewesen, in einstimmigen Beschlüssen einen Waffenstillstand in einem gefährlichen Konflikt, der sich zu einem Krieg zwischen Indien und Pakistan mit Hineinziehung anderer Mächte auszuweiten drohte, zu erreichen.
3. Der Besuch Papst Pauls VI. bei den Vereinten Nationen und seine historische Rede vor der Vollversammlung, mit der sich das Oberhaupt der katholischen Kirche nicht nur hinter die Ziele und Aufgaben der Weltorganisation stellte, sondern ihr auch Wege wies, die nicht nur eine erstaunliche Ähnlichkeit mit den vom Generalsekretär vertretenen Ansichten verrieten, sondern sowohl auf politischem als auch insbesondere auf sozialem Gebiet weit über die am East River vertretenen traditionellen Lösungen hinausgingen, bedeutete sozusagen die ›moralische Ratifizierung‹ der Vereinten Nationen.

Diese drei Ereignisse, die sich im ersten Teil der 20. Vollversammlung zusammendrängten, schufen in den Vereinten Nationen neue Zuversicht und besserten ihre auch in der Weltöffentlichkeit angeschlagene Position. Fast schien es, als hätte die kritische Zeit zwischen dem 1. Dezember 1964, dem Beginn der 19., und dem 21. September 1965, dem Beginn der 20. Vollversammlung, einen Beweis für die Richtigkeit der Behauptung geliefert, daß, wenn die Vereinten Nationen heute zerstört würden, sie morgen neu ins Leben gerufen werden müßten.

Das trifft auch zu. Aber nachdem mit den Beratungen der Vollversammlung der Alltag begonnen hatte, insbesondere auch als es galt, die mit seltener Einstimmigkeit gefaßten Beschlüsse des Sicherheitsrates im indisch-pakistanischen Konflikt in die Praxis umzusetzen und den dornigen Weg zu einer friedlichen Koexistenz auf dem indischen Subkontinent

zu weisen, traten wieder die alten Probleme in den Vordergrund, die in wechselnden Erscheinungen dem Leben und Wirken der Vereinten Nationen zugrunde liegen und nicht allein schon durch die Wiederaufnahme der Arbeiten der Vollversammlung beseitigt worden waren – und das verlangsamte den Schwung der anfänglich herrschenden Auftriebenden. Zu diesen Lasten gehören:

1. Der Krieg in Südostasien ging weiter, ohne daß er auf die Tagesordnung des Sicherheitsrates oder der Vollversammlung gestellt werden konnte. Die Vietnam-Frage wurde zwar immer wieder in der Generaldebatte der Vollversammlung angesprochen, aber trotz der Aufforderung der USA an alle Mitgliedstaaten, entweder individuell oder kollektiv nach einer Lösung zu suchen, stellten weder die eine noch die andere Seite noch die Großzahl der keinem politischen Block angehörenden Mitglieder diese Frage auf die Tagesordnung, weil keine Aussicht auf eine zum Ziele führende Erörterung des Problems in den Vereinten Nationen wegen der Abwesenheit der Chinesischen Volksrepublik und Nordvietnams zu bestehen schien.
2. Im Zusammenhang damit verstärkte sich unter den Mitgliedstaaten, auch unter denen, die gemeinsam mit den USA gegen eine Vertretung der Chinesischen Volksrepublik in der UNO und vor allem gegen eine Vertreibung Nationalchinas aus der Organisation waren, die Meinung, daß eine Organisation, die den volkreichsten Staat der Welt und die stärkste Macht Asiens fernhalte, in den zentralen politischen Fragen, insbesondere auch in der Abrüstung, keinen durchgreifenden Erfolg erreichen könnte.
3. Es ergaben sich in der Finanz- und Verfassungsfrage, die durch die Wiederaufnahme der Arbeiten der Vollversammlung und durch die einstimmigen Beschlüsse des Sicherheitsrates in der indisch-pakistanischen Frage in den Hintergrund getreten waren, neue Schwierigkeiten, die die ungeminderte Fortdauer dieses ungelösten Problems demonstrierten. Es erwies sich nämlich auch nach Verzicht der USA auf Anwendung des Artikels 19, daß die finanzielle Lage der Organisation damit nicht entscheidend gebessert war, daß die freiwilligen Beiträge, die für den Fall der Ausschaltung des Artikels 19 in Aussicht gestellt worden waren, nicht in ausreichendem Maße eingingen und vor allem, daß die beiden Großmächte Sowjetunion und Frankreich, die sich geweigert hatten, zu den Kosten der Kongo-Aktion der UNO beizutragen, an ihrer Haltung in der Finanz- und Verfassungsfrage festhielten, womit zugleich zukünftige friedenserhaltende Aktionen der UN wie die Vollmachten des Generalsekretärs in Frage gestellt wurden.
4. Es erwies sich aufs neue, daß das achtzehn Jahre alte Problem Kaschmir, dessen bisherige Unlösbarkeit sehr viel zur Skepsis gegenüber der Weltorganisation beigetragen hatte, weiter einer grundlegenden Lösung harrete, für die aber noch keine Hoffnung sichtbar wurde.

Diese positiven und negativen Faktoren standen einander gegenüber. Es ist schwer zu entscheiden, in welchem Verhältnis die Auf- und die Abtriebenden aufeinander einwirken werden. Trotz des schwankenden Gleichgewichts zwischen diesen Elementen bleibt für die Bewertung der UN die Tatsache unbestritten, daß die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Vollversammlung und damit der Möglichkeit, eine große Zahl von Einzelproblemen anzusprechen, an sich schon eine optimistischere Bewertung der Weltorganisation

in ihrem 20. Lebensjahr erlaubt. Hierzu gehört auch die im Vergleich zu früheren Diskussionen zu beobachtende Mäßigung in den Auseinandersetzungen der beiden Weltmächte USA und UdSSR; trotz Vietnam herrschte auf beiden Seiten das Bedürfnis vor, Mißtöne des Kalten Krieges zu vermeiden und damit ein günstigeres Arbeitsklima zu schaffen.

## II. Eröffnung der Vollversammlung – 117 Mitglieder

Die Vollversammlung wurde ohne Schwierigkeiten konstituiert. Die vor der Wahl des Versammlungspräsidenten üblichen taktischen Manöver zwischen den verschiedenen geographischen und politischen Gruppen konzentrierten sich auf die vom Ostblock angesprochene Frage, ob 1965 nicht zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen ein Vertreter Osteuropas Präsident der Vollversammlung und hierdurch das Jubiläumsjahr ein »osteuropäisches« Jahr sein sollte. Der langjährige frühere jugoslawische Außenminister Popovic wurde als offizieller Kandidat des Ostblocks aufgestellt. Als aber die italienische Delegation mit Unterstützung der westeuropäischen Gruppe den italienischen Außenminister Amintore Fanfani für die Präsidentschaft nominierte, wurde, wohl auch im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch des Papstes, die jugoslawische Kandidatur zurückgezogen. Die Jugoslawen hatten offenbar zwei Bedenken außer der Besorgnis, daß ihre Kandidatur erfolglos sein könnte: Daß Jugoslawien damit offiziell als Kandidat des Ostblocks vorgeschlagen würde, was seiner Blockfreiheit widersprach, und daß es nicht in einer Vollversammlung präsidieren wollte, in der die Chinesische Frage und möglicherweise der indisch-pakistanische Gegensatz eine sehr große Rolle spielen würden. So wurde Fanfani einstimmig gewählt.

In der ersten Sitzung der Vollversammlung wurden drei neue Mitgliedstaaten aufgenommen: Gambia, die Maledivischen Inseln und Singapur, das sich nach seiner Loslösung von Malaysia um eine selbständige Mitgliedschaft in der UNO beworben und ohne jede Schwierigkeit auch im Sicherheitsrat – mit Zustimmung Malaysias – die nötige Stimmenzahl für eine Empfehlung seiner Aufnahme durch die Vollversammlung erlangt hatte. Die Mitgliederzahl der UNO, die durch den Austritt Indonesiens Anfang des Jahres auf 114 zurückgegangen war, stieg damit auf 117. Die Malediven mit nur 94 000 Einwohnern sind das bisher kleinste UN-Mitglied.

## III. Der politische Bericht des Generalsekretärs

Der politische Bericht<sup>1</sup> des Generalsekretärs an die 20. Vollversammlung, erschienen am Tage ihres Beginns, war die übliche Übersicht über die bedeutendsten Anliegen der Vereinten Nationen. Er war durch große Vorsicht gekennzeichnet, die dann auch zum Merkmal der Generaldebatte der Vollversammlung wurde. Die allgemeine Zurückhaltung in der Diskussion strittiger Fragen ließ das Bemühen erkennen, zuerst die volle Arbeitsfähigkeit der Vollversammlung wiederherzustellen.

U Thant besprach Vietnam und die Dominikanische Republik, also Themen aus dem Interessenbereich der USA. Aber er beschränkte sich darauf festzustellen, daß die Abwesenheit der beiden unmittelbar berührten Länder Nord- und Süd-vietnam von der UNO eine »konstruktive Rolle« der Vereinten Nationen in diesem Stadium verhindere. Er verwies in diesem Zusammenhang allerdings auch auf die durch den Vietnamkrieg verursachte Verschlechterung der allgemeinen internationalen Atmosphäre, die einen Fortschritt in der Abrüstungsfrage, insbesondere bei dem vordringlichsten Problem, einem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, behindere. Bezüglich der Dominikanischen Frage beschränkte sich U Thant auf einen kurzen Bericht über die friedenserhaltende Aktion, die er im Auftrag des Sicherheitsrates mit der Entsendung eines persönlichen Vertreters nach Santo Domingo unternommen hatte.

Ebenso zurückhaltend war U Thant in der Finanzfrage. Er konnte nicht umhin, auf die nach wie vor prekäre Finanzlage der Organisation hinzuweisen, betonte aber, offenbar in Übereinstimmung mit der gesamten Mitgliedschaft, die Zufriedenheit darüber, daß der Streit um den Artikel 19 beigelegt sei. U Thant ließ freilich keine Zweifel daran, daß das Prinzip der »Freiwilligkeit« von Beiträgen für friedenserhaltende und andere Aktionen der Vereinten Nationen nach den bisherigen Erfahrungen mit der Freiwilligkeit von Beiträgen für die Zypern-Aktion unbefriedigend sei. Er unterstrich in diesem Zusammenhang den Wunsch, daß die 20. Vollversammlung der Finanzierung und anderen Problemen friedenserhaltender Aktionen besonderes Augenmerk zuwende. Einen breiten Raum nahmen in dem Bericht die Apartheid, die portugiesischen Territorien und Südrhodesien ein. U Thant, dessen Sympathien mit den Entkolonisierungsbestrebungen bekannt sind, äußerte seine »ernste Hoffnung«, daß alle Mitgliedstaaten und insbesondere die Kolonialmächte ihr Äußerstes tun würden, um den abhängigen Völkern zu helfen, ihre Bestrebungen nach Selbständigkeit friedlich zu verwirklichen.

Eingehend beschäftigte sich der Generalsekretär mit den sich stets weiter ausbreitenden wirtschaftlichen Aufgaben der Vereinten Nationen. In diesem Zusammenhang besprach er ausführlich die Fortschritte, die bei der Errichtung der ständigen Welthandelskonferenz, der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), erreicht worden seien.

Die Bemerkungen U Thants über die Universalität der Weltorganisation waren auf verschiedene Stellen seines Berichtes verstreut. Bei der Behandlung der Vietnam-Krise und des Abrüstungsproblems bezogen sie sich eindeutig auf die Mitgliedschaft der Chinesischen Volksrepublik, wie später auch ein Sprecher des Generalsekretärs bestätigte. Die Hinweise auf die »Universalität« bei seinen Ausführungen über die wirtschaftlichen und sozialen Arbeiten der Organisation bezogen sich mehr auf die Mitarbeit an den regionalen Wirtschaftskommissionen, die, ebenso wie die politischen Regionalorganisationen, in letzter Zeit wachsende Bedeutung erlangt hätten. Hinweise U Thants auf eine Annäherung an die Universalität durch Zulassung von mehr »Beobachtern«, womit deutsche Interessen berührt werden, sind in einem anderen Zusammenhang behandelt. (Siehe Seite 190 dieser Ausgabe.)

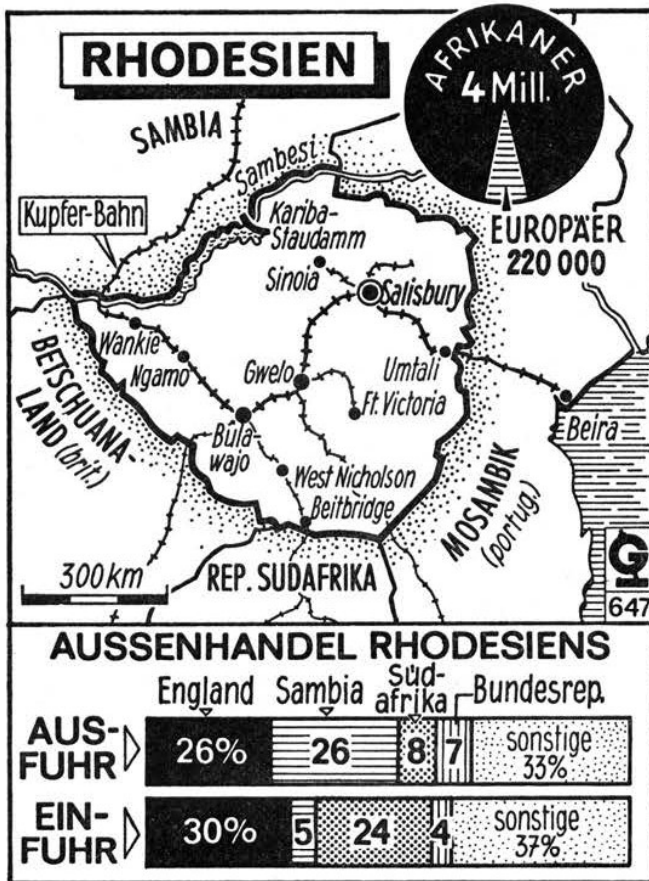
## IV. Generaldebatte der Zurückhaltung

Was die Zahl der Redner in der diesjährigen Generaldebatte betrifft, wurde ein Rekord aufgestellt: Von den 117 Mitgliedstaaten sprachen 101 Redner. Die Generaldebatte ist eine ständige Einrichtung jeder Vollversammlung. Sie beherrscht zu Beginn der Tagung einige Wochen lang die Szene. Die Chefs der Delegationen, meistens eigens zu diesem Zweck herangereiste höchste und allerhöchste Staatsmänner, nehmen in ihr in allgemeineren Ausführungen Stellung zu den Weltproblemen, und obgleich manches wiederholt an- und ausgesprochen wird, gibt die Debatte doch einen höchst aufschlußreichen Querschnitt von den Sorgen der Welt.

Frankreich, das sich seit 1961 an keiner Generaldebatte mehr beteiligt hatte, tat es diesmal: Die Rede des französischen Außenministers Couve de Murville wurde allgemein als ein sprachliches und diplomatisches Meisterwerk angesehen und fand auch entsprechende Würdigung, obwohl in der Rede keine Wendung Frankreichs zu einer positiveren Haltung zur Finanzierung und Durchführung friedenserhaltender Aktionen der UN enthalten war.

Ein anderes Novum in der Generaldebatte war das erste Auftreten des US-Chefdelegierten Arthur J. Goldberg. Er hielt seine erste große Rede nach seiner Ernennung zum





Die weiße Minderheitsregierung in Südrhodesien erklärte einseitig am 11. November 1965 für das Land die Unabhängigkeit von Großbritannien. Die Folgen sind noch nicht abzusehen (siehe Bericht S. 190).

Nachfolger Adlai Stevensons, der auch von skeptischen Beobachtern seiner Diplomatie als einer der großen Redner und Stillisten der angelsächsischen Welt des 20. Jahrhunderts geschätzt worden war. Goldberg, vor seiner Berufung auf das diplomatische Parkett der Weltorganisation Mitglied des Obersten Bundesgerichtshofes, Arbeitsminister unter Kennedy und vorher einer der wirkungsvollsten Gewerkschaftsanwälte und Verhandlungskünstler, zeigte sich nach Meinung vieler UN-Diplomaten als typisch »amerikanisch« und insbesondere mehr auf die innen- als auf die weltpolitische Wirkung bedacht. Er betrachtete offenbar die Popularisierung des amerikanischen Interesses an der Weltorganisation, die ihm anscheinend von Präsident Johnson übertragen worden war, als eine seiner vordringlichen Aufgaben. Kennzeichnend für Goldbergs Rede wie auch für seine Antworten auf verschiedene Angriffe gegen die amerikanische Vietnam-Politik war seine Zurückhaltung. Deutlich war der Wunsch erkennbar, Polemiken, insbesondere auch gegen die Sowjetunion, zu vermeiden und auf diese Weise die nicht leichte Position der USA in der Vietnam-Frage in der Weltöffentlichkeit nicht zu erschweren.

Die Themen, zu denen die meisten Redner Stellung nahmen, waren: Abrüstung, Vietnam, Indien-Pakistan, chinesische Vertretung, friedenserhaltende Aktionen, Apartheid und andere afrikanische Kolonialfragen, die neue Welthandelsorganisation und das internationale Rohstoffproblem in Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben der Weltorganisation.

#### Abrüstung

Die dringende Forderung nach Fortschritt in den Abrüstungsverhandlungen, insbesondere aber nach Abschluß eines Ver-

trages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und nach Ausdehnung des bestehenden Atomteststoppvertrages auch auf die bisher nicht erfaßten unterirdischen Explosionen, war allgemein. Die Auffassungen über die Methoden, Fortschritte zu erreichen, oder über konkrete Maßnahmen waren sehr verschieden. Eine Annäherung zwischen den Großmächten war nicht festzustellen. In der Frage der Nichtweiterverbreitung waren die MLF oder die ANF einerseits und die sowjetische Forderung nach Ausschluß aller nichtatomaren Mächte von jedem Einfluß auf die Verwendung von Atomwaffen andererseits der wichtigste Gegensatz; in diesem Zusammenhang wurde vom Ostblock immer wieder die Frage der »Atomwaffen für Westdeutschland« hervorgehoben.

Bei den Untergrundexplosionen blieb die umstrittenste Frage die Kontrolle bzw. der technische Fortschritt zur Identifizierung aller verdächtigen Erderschütterungen. Schweden machte in diesem Zusammenhang den Vorschlag, ein Netz von seismologischen Stationen zu errichten und kündigte an, daß es im Begriff sei, selbst eine solche Entdeckungsstation zu bauen.

Die US-Delegation machte einen Vorschlag, der weiter ging als alle bisherigen derartigen Pläne. Sie schlug vor, Atomwaffen mit dem Gehalt von 100 000 kg spaltbaren Materials in einem Verhältnis von 60:40 mit der Sowjetunion zu zerstören; sie war also bereit, mehr Atomwaffen zu vernichten, als die Sowjetunion es nach diesem Vorschlag tun sollte. Das freiwerdende Uran solle friedlichen Zwecken dienen. Gleichzeitig erklärte sie sich bereit, Atomwaffenträger »einzufrieren«, das heißt die Erzeugung weiterer Kernwaffenträger zu beschränken oder einzustellen, falls die Sowjetunion dasselbe tue. Schließlich wurde auch der Vorschlag wiederholt, die Erzeugung spaltbaren Materials unter leicht zu verwirklichender Kontrolle einzustellen.

#### Vietnam

Die amerikanische Vietnam-Politik wurde sowohl von der Sowjetunion und den anderen Ostblockstaaten als auch von den meisten blockfreien Ländern verurteilt. Die Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko zu dieser Frage war scharf, ging aber nicht über das hinaus, was man erwartet hatte. Die Reden gegen das militärische Eingreifen der USA in Vietnam und vor allem gegen das Bombardement Nordvietnams mußten angesichts der auch in der Generaldebatte immer wieder betonten bedingungslosen Verhandlungsbereitschaft der USA gemildert werden.

Bei den sonst ziemlich gleichlautenden Aussagen zum Krieg in Vietnam und zu den Möglichkeiten seiner friedlichen Beendigung fiel eine Wendung in der Rede des ungarischen Außenministers Janos Peter auf. Er führte aus, daß kein amerikanisches Verhandlungsangebot ernst genommen werden könnte, solange die Bombardements Nordvietnams andauerten und solange nicht das Selbstbestimmungsrecht Vietnams gesichert sei. Aber Peter erwähnte unter den »Vorbedingungen« für Verhandlungen nicht den vorhergehenden Abzug der amerikanischen Truppen aus Vietnam, bekanntlich eine der von Nordvietnam, Peking und infolgedessen auch von Moskau immer wieder erwähnten Voraussetzungen der USA vor dem Eintritt in Verhandlungen. Die Rede des ungarischen Außenministers fand um so größere Beachtung, als Peter erklärte, mit Wissen und Kenntnis der nordvietnamesischen Regierung zu sprechen. Ein indirektes Verhandlungsangebot an die USA schien dennoch nicht hinter seinen Aussagen zu stehen. Andere Ostblockreden und vor allem eine mit Zitaten und Äußerungen aus offiziellen Quellen belegte Erklärung der albanischen UN-Delegation, die bekanntlich weitgehend der Sprecher der rotchinesischen und nordvietnamesischen Interessen ist, ergaben, daß sich bis Ende Oktober keine Änderung in der Nordvietnam-Haltung bezüglich des Eintretens in Verhandlungen ergeben hatte.

### Chinesische Vertretung

Die Erwähnungen einer Notwendigkeit der Teilnahme der Chinesischen Volksrepublik an den Arbeiten der Vereinten Nationen und vor allem an den Abrüstungsbesprechungen waren in der Generaldebatte der 20. Vollversammlung zahlreicher und dringlicher als je. Seine besondere Erwähnung fand das China-Thema im Zusammenhang mit der Zweckmäßigkeit einer Weltabrüstungskonferenz, an der auch Rotchina teilnehmen könnte.

Die Stellung der USA zur Beteiligung Rotchinas war weiterhin entschieden ablehnend. Die Rede des USA-Chefdelegierten Goldberg in der Generaldebatte machte das deutlich. Aber auch einige der französisch-afrikanischen Staaten nahmen in der Generaldebatte gegen die Chinesische Volksrepublik Stellung. Vielfach zeigten sich Widerstände gegen eine ›Vertreibung‹ Formosas aus der UNO durch die sogenannte ›Wiederherstellung der rechtmäßigen Stellung Chinas‹ in der UNO, also durch die einfache Ersetzung Nationalchinas durch Peking. — Wir werden in unserem nächsten Bericht bei der Behandlung der China-Debatte ausführlich auf das Thema zurückkommen.

### Indien-Pakistan

Die meisten Redner, die zum indisch-pakistanischen Konflikt Stellung nahmen, beschränkten sich darauf, ihrer Befriedigung über den auf Grund der einstimmigen Beschlüsse des Sicherheitsrats zustande gekommenen Waffenstillstand Ausdruck zu geben und auf eine friedliche Lösung der dem alten Konflikt zugrunde liegenden Probleme zu drängen. Indien und Pakistan selbst wiederholten dagegen ihre bekannten Positionen mit ausführlichen geschichtlichen Hinweisen, die keinerlei Veränderung und wahrscheinlich sogar die Unveränderlichkeit der seit 18 Jahren festgehaltenen Grundsätze in dieser Frage zeigten. Ja, es kann eher von einer Verhärtung der Standpunkte beider Seiten gesprochen werden.

### Friedenserhaltende Aktionen

Die Notwendigkeit friedenserhaltender Aktionen der Vereinten Nationen wurde allgemein anerkannt. Allerdings

warnte der französische Außenminister nachdrücklich vor ›Abenteuern‹, insbesondere vor der Anwendung von Gewalt, bei solchen Aktionen.

Die Organisation, Leitung und Finanzierung friedenserhaltender Aktionen stand in der Rede des irischen stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenministers Frank Aiken im Vordergrund. Irland, das in dieser Frage schon seit Jahren zu den Hauptinitiatoren der UNO gehört, konkretisierte Lösungsvorschläge, die es während der Krise um den Artikel 19 im sogenannten 33er-Ausschuß für friedenserhaltende Aktionen gemacht hatte. Im wesentlichen liefen sie auf eine Anerkennung der Priorität des Sicherheitsrates in diesen Fragen, jedoch auf eine subsidiäre Rolle der Vollversammlung, allerdings mit einem eingebauten Veto auch in der Vollversammlung für mindestens zwei ständige Ratsmitglieder, hinaus. Zur Finanzierung schlug Irland vor, daß 90 vH der Kosten für friedenserhaltende Aktionen von den ständigen Mitgliedern des Rates getragen werden sollten. Das wurde angesichts der immer noch bestehenden Widerstände von zwei Ratsmitgliedern, der Sowjetunion und Frankreichs, im übrigen aber auch im Hinblick auf die großen finanziellen Lasten, die so auf die anderen Großmächte fallen würden, als ein zumindest teilweise illusorischer Vorschlag angesehen.

Insgesamt erfuhr das Finanzierungsproblem für friedenserhaltende Aktionen keinen Fortschritt. Es spielten auch die allgemeinen Finanzprobleme der Vereinten Nationen zu sehr hinein. Der französische Außenminister leitete eine Kampagne zur Beschränkung der allgemeinen Ausgaben der UN und aller ihrer Sonderorganisationen ein, indem er vor einer ständigen Steigerung der Ausgaben warnte — ein Auftakt zur französischen Initiative, die am 2. November im Haushaltsausschuß folgen sollte.

Die Sowjetunion äußerte sich zu dieser Frage in der Generaldebatte nicht. Es unterblieb also auch immer noch ihre Ankündigung eines freiwilligen Beitrags, nachdem die Arbeiten der Vollversammlung wiederaufgenommen worden waren. Bis Anfang November war jedenfalls kein Beitrag der Sowjetunion geleistet.

Die heikle Frage solcher freiwilliger Beiträge, insbesondere

Prinzessin Margaret und Earl of Snowdon statteten auf einer Amerikareise den Vereinten Nationen am 19. November 1965 einen Besuch ab (v. l. n. r.: Tyn Myint U, der Schwiegersonn U Thants; Lady Caradon; Lord Caradon, UN-Delegierter Großbritanniens; Prinzessin Margaret; U Thant; Earl of Snowdon; Mrs. Tyn Myint U, die Tochter U Thants).





der säumigen Schuldner, wurde in der Generaldebatte im Zeichen der allgemeinen Zurückhaltung und der Bemühungen, jede neuerliche Verschärfung zu vermeiden, nur mehr oder weniger vage angesprochen, von den meisten Rednern überhaupt vermieden.

#### *Wirtschaftsfragen, Welthandelsorganisation, Entwicklungshilfe*

Die sich ausweitende wirtschaftliche und soziale Tätigkeit der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen war Gegenstand fast aller Reden in der Generaldebatte.

Im Vordergrund stand die neue Welthandelsorganisation (UNCTAD), deren Arbeitsbeginn zweifellos das wichtigste Ereignis des abgelaufenen Jahres auf diesem Gebiet darstellt und die den Bereich internationaler Arbeit zukünftig beträchtlich erweitert. Entwicklungshilfe und Stabilisierung der Rohstoffpreise waren andere Themen. Viele Entwicklungsländer sowohl Afrikas als auch Lateinamerikas beklagten die ständigen Schwankungen der Preise auf den internationalen Rohstoffmärkten und die dadurch hervorgerufene wirtschaftliche Unsicherheit dieser Länder. Vielfach wurde von einer Regellosigkeit der internationalen Märkte gesprochen. Die Industrieländer betonten ihre Bereitschaft zur Fortsetzung und Intensivierung der Entwicklungshilfe und der Zusammenarbeit in der neuen Welthandelsorganisation. Aber manche hatten ein Wort der Vorsicht über die Möglichkeiten und betonten unter anderem auch die Notwendigkeit verstärkter Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer.

Bezüglich der Errichtung eines Kapitalfonds für Entwicklung entsprachen die Äußerungen denen der Vorjahre: von fast allen Entwicklungsländern, von einigen europäischen und den meisten Ostblockländern wurde die Errichtung eines solchen Fonds erneut gefordert. Die großen Industriestaaten verhielten sich weiter zurückhaltend und verwiesen im übrigen auch auf die Grenzen ihrer eigenen Leistungsfähigkeit.

#### **V. Arbeitsbeginn der Vollversammlung**

##### *Apartheid, Südrhodesien und andere Kolonialfragen*

Diese Themen hatten schon in der Generaldebatte breiten Raum eingenommen. Es gab in ihr, mit Ausnahme des südafrikanischen Außenministers Mueller, der, nachdem alle Afrikaner und Asiaten den Saal verlassen hatten, vor der halbleeren Halle sprach, keinen Redner, der die *Apartheid* oder die Haltung *Portugals* bezüglich seiner afrikanischen Territorien verteidigt hätte. Die ablehnenden Stellungnah-

men waren freilich verschieden. Die Entschlossenheit, mit der die Afrikaner und Asiaten, selbstverständlich auch die Kommunisten, die Apartheid angriffen und Sanktionen des Sicherheitsrates forderten, wurde insgesamt jedoch noch entschiedener.

Von allen Kolonial- und Rassenfragen war *Südrhodesien* die aktuellste und beunruhigendste. Die meisten Redner sprachen sich für den stärkstmöglichen Druck aus, um die zu erwartende einseitige Unabhängigkeitserklärung der Regierung Ian Smith zu verhindern. Die Südrhodesien-Frage kam bereits während der Generaldebatte aufgrund eines Berichts des Treuhandausschusses<sup>2</sup> auf die Tagesordnung des Plenums und führte am Ende einer von Spannung und Leidenschaft gekennzeichneten Debatte zu einer Warnungsresolution an die Adresse Südrhodesiens. Die Debatte fand am 12. Oktober statt, in einer kritischen Situation also, in der alle Versuche der britischen Regierung, eine einseitige Unabhängigkeitserklärung zu verhindern, bereits gescheitert zu sein schienen. Zum ersten Male erklärte sich die USA-Delegation, die sich bei den bisherigen derartigen Entschließungen der Stimme enthalten hatte, für den vorgelegten Text mit dem Tenor einer deutlichen Verurteilung der südrhodesischen Regierung. Diese Erklärung war vor allem als Warnung an die Regierung Smith gedacht. Goldberg sagte, die USA würden ein durch einseitige Erklärung »unabhängig gewordenes Rhodesien nicht anerkennen«.

Die Entschließung<sup>3</sup> wurde mit allen gegen die Stimmen Südafrikas und Portugals angenommen. Frankreich enthielt sich als einziges Land der Stimme, weil es jede Einmischung in innere Angelegenheiten eines Landes grundsätzlich ablehnt. Großbritannien nahm an der Abstimmung nicht teil; es hielt seine Bedenken gegen die Zuständigkeit der UN in dieser Frage und wegen der komplizierten verfassungsrechtlichen Situation aufrecht.

Die Entschließung »verurteilt« jeden Versuch der südrhodesischen Regierung, mit »illegalen Mitteln« die Unabhängigkeit an sich zu reißen, um die Minderheitsherrschaft in Südrhodesien zu verewigen. Großbritannien wird aufgefordert, eine etwaige Unabhängigkeitserklärung und ein Regime der weißen Minderheit nicht anzuerkennen, nach Möglichkeit eine derart einseitige Erklärung zu verhindern und einer solchen »Rebellion« gegen seine Oberhoheit ein Ende zu bereiten, statt dessen vielmehr die Macht im Lande einer Regierung zu übertragen, die der Mehrheit des Volkes entspricht.

Noch einmal, am 5. November, wurde *Südrhodesien* im Plenum aufgrund eines vom Treuhandausschuß gefaßten Be-

Fortsetzung Seite 206

## **Deutschland vor der 20. Vollversammlung**

Erfreulicherweise hat auch in der diesjährigen Generaldebatte der Vollversammlung die deutsche Frage eine beachtliche Rolle gespielt. Zwar stand die Debatte allgemein im Zeichen der Konflikte in Vietnam und Kaschmir und der Diskussion um die alte Frage der Vertretung Chinas in der Weltorganisation. Auch widmeten viele Redner der Abrüstung breiten Raum. Jedoch ist die deutsche Frage weit häufiger genannt worden, als nach den Erfahrungen des Vorjahres zu erwarten war.

Von den insgesamt 101 Rednern in der Generaldebatte haben sich 35 direkt oder indirekt mit der Deutschland- und Berlin-Frage auseinandergesetzt. (Im Vorjahr 28 von insgesamt 86 Sprechern.) Deutlich zugenommen hat der Anteil der Erklärungen, die unsere Forderung nach Wiedervereinigung in Freiheit unterstützen: 22 Redner bezeichneten das Deutschland-Problem als Gefahr für den Weltfrieden, verurteilten die

Teilung Deutschlands und setzten sich für die Wiedervereinigung des deutschen Volkes auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts ein. (1964 hatten nur 16 Sprecher unser Anliegen vertreten.)

Diejenigen, die Deutschland nicht erwähnten, unterließen es aus den verschiedensten Gründen. Zum Teil sahen sie andere Fragen als drängender an. Für die USA, die die deutsche Frage ebenfalls nicht erwähnten, mag der Grund gewesen sein, daß sie im Hinblick auf die von ihnen aufrechterhaltene ausschließliche Vier-Mächte-Verantwortung die Generaldebatte nicht für den richtigen Platz einer Diskussion der deutschen Frage ansahen, jedenfalls nicht in einem Augenblick, in dem in Mitteleuropa relative Ruhe herrschte. Bemerkenswert ist das Schweigen der *Vereinigten Arabischen Republik* und anderer *arabischer Länder* zu Deutschland: sie sahen, obwohl sie wegen der Anerkennung Israels durch die